



**Merkblatt**  
**IV-Berufsberatung**  
**Erstmalige berufliche Eingliederung**  
14.07.2014

**Dr. Alexandra Schubert**  
Sonderpädagogik  
Tel. 071 353 67 33  
Fax 071 353 64 97  
Alexandra.Schubert@ar.ch

**Was sind berufliche Massnahmen?**

**Berufsberatung, Arbeitsvermittlung und Beiträge an Ausbildungen.**

Die berufliche Eingliederung behinderter Personen ist ein zentrales Ziel der IV. Deshalb erbringt sie auf diesem Gebiet umfangreiche Leistungen: Fachleute der IV-Stellen bieten selbst Dienstleistungen in der Berufsberatung und in der Arbeitsvermittlung an; ausserdem übernimmt die IV Kosten für die berufliche Ausbildung oder Umschulung.

Bei der erstmaligen beruflichen Ausbildung übernimmt die IV die Kosten, welche Versicherten aufgrund ihrer Invalidität zusätzlich entstehen. Zur erstmaligen beruflichen Ausbildung zählen: die Berufs- oder Anlehre, der Besuch einer Mittel-, Fach- oder Hochschule, eine Ausbildung für Tätigkeiten im Haushalt und die Vorbereitung auf eine Hilfsarbeit oder auf die Tätigkeit in einer geschützten Werkstätte.

**IV-Berufsberatung**

Die Berufsberatung dient der Erfassung des Versichertenprofils. Dabei werden die Fähigkeiten und Interessen der versicherten Person sowie ihre Neigungen im Hinblick auf die Ausübung einer geeigneten, auf die gesundheitliche Beeinträchtigung zugeschnittenen beruflichen Tätigkeit festgehalten. Die Beratung richtet sich an Personen, die wegen einer gesundheitlichen Beeinträchtigung in ihrer Berufswahl oder in der Ausübung ihrer bisherigen Tätigkeit beeinträchtigt sind. Die Leistung beinhaltet Beratungsgespräche und falls erforderlich psychologische Tests. Unter gewissen Umständen können praktische berufliche Abklärungsmassnahmen auf dem Arbeitsmarkt oder in spezialisierten Institutionen durchgeführt werden.

**Erstmalige berufliche Ausbildung**

Die erstmalige berufliche Ausbildung betrifft Personen, welche noch nicht erwerbstätig waren und denen wegen ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigung Mehrkosten für die Ausbildung (von mindestens 400 Franken im Jahr) entstehen. Sie erfolgt im Anschluss an die abgeschlossene schulische Ausbildung und soll es den versicherten Personen ermöglichen, mit Hilfe geeigneter und zielgerichteter Mittel, eine Erwerbstätigkeit auszuüben. Es werden nicht die gesamten Kosten übernommen, sondern lediglich die invaliditätsbedingten Mehrkosten gegenüber einer gleichen Ausbildung für gesundheitlich nicht beeinträchtigte Personen.

vgl. [www.ahv-iv.info](http://www.ahv-iv.info)

**Warum eine Anmeldung bei der Invalidenversicherung (IV)?**

<p><b>Hinweis für Schulen</b></p> <p>Beginn 7. Schuljahr      bei geplanten 8 Schuljahren *</p> <p>Beginn 8. Schuljahr      bei geplanten 9 Schuljahren</p> <p>* Vermerk auf Anmeldung</p>	<p><b>Anmeldung an IV-Berufsberatung</b></p> <p>(vgl. S. 3, Auszug aus dem Kreisschreiben über die Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art (KSBE), BSV, gültig ab 1.1.2013)</p> <p>► in unklaren Fällen vor der Anmeldung Kontaktaufnahme mit IV-Stelle AR, Teamleiter Eingliederung: Roger Nater Tel. 071 – 354 51 93 roger.nater@ahv-iv-ar.ch</p>
--	--



Sonderpädagogische Massnahmen (Heilpädagogische Früherziehung, Pädagogisch-therapeutische Massnahmen und Sonderschulung) fallen ab dem Vorschulbereich bis zum Ende der Sekundarstufe I in den Zuständigkeitsbereich des Kantons und der Gemeinden. Bei Schulaustritt<sup>1</sup> wechselt die Zuständigkeit zur Invalidenversicherung (IV): Unterstützungs- und Beratungsleistungen auf der Sekundarstufe II müssen beim Vorliegen einer Invalidität von der Invalidenversicherung (IV) finanziert werden. Gemäss Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG, Art. 16) haben Jugendliche, die noch nicht erwerbstätig waren und denen infolge Invalidität bei der erstmaligen beruflichen Ausbildung in wesentlichem Umfang zusätzliche Kosten entstehen, Anspruch auf Ersatz dieser Kosten durch die Invalidenversicherung. Dies gilt nicht nur für die berufliche Grundbildung, sondern auch für die Maturitäts- und Fachmittelschulen sowie für die berufliche Vorbereitung auf eine Hilfsarbeit oder auf die Tätigkeit in einer geschützten Werkstätte.

### **Welche Leistungen erbringt die Invalidenversicherung?**

Wenn die Invalidenversicherung (IV) der Anspruchsberechtigung zugestimmt hat, übernimmt sie einerseits die IV-Berufsberatung und andererseits die Mehrkosten, die den Jugendlichen während der Ausbildung auf Grund ihrer Invalidität entstehen (z. B. Einzelunterricht, Aufgabenhilfe oder Nachhilfeunterricht, Beratung und Unterstützung von Lehrpersonen, zusätzliche Schulgelder usw.). Pädagogisch-therapeutische Massnahmen werden im Nachschulbereich bis zur Vollendung des 20. Altersjahres vom Kanton (und nicht von der Invalidenversicherung) finanziert. Die Anmeldung erfolgt beim Zentrum für Schulpsychologie und Therapeutische Dienste ZEPT AR, [www.schule.ar.ch/ZEPT](http://www.schule.ar.ch/ZEPT)

### **Wer hat Anspruch auf Leistungen der Invalidenversicherung?**

Um Anspruch auf berufliche Massnahmen der Invalidenversicherung (IV) geltend zu machen, muss beim Übergang in die Berufsbildung eine Invalidität ausgewiesen werden. Anspruch auf Leistungen der Invalidenversicherung haben Personen, bei denen eine gesundheitliche Schädigung (körperlich, psychisch oder geistig) nachgewiesen werden kann. Deshalb ist eine medizinische Diagnose des behandelnden Arztes / der behandelnden Ärztin oder ein Bericht aufgrund des Standardisierten Abklärungsverfahrens zur Ermittlung des individuellen Bedarfs (SAV) des Schulpsychologischen Dienstes notwendig. Die IV-Anspruchsberechtigung ist Voraussetzung für die Zusprache von IV-Berufsberatung und der Übernahme der behinderungsbedingten Mehrkosten während der Ausbildung.

### **Wer ist für die Anmeldung bei der Invalidenversicherung zuständig?**

Die Verantwortung für die IV-Anmeldung liegt bei den Erziehungsberechtigten. Lehrpersonen und Berufsberatende informieren die Lernenden und ihre Erziehungsberechtigten und unterstützen sie ggf. bei der Anmeldung. Die IV-Anmeldung erfolgt idealerweise anfangs 2. Sekundarschulklasse bzw. anfangs 1. Sekundarschulklasse bei geplantem Schulaustritt nach der 8. Klasse (Vermerk auf der Anmeldung nötig).

### **Wie erfolgt die Anmeldung bei der Invalidenversicherung?**

Information und Formulare für die IV-Anmeldung sind abrufbar auf der Website [www.ahv-iv-ar.ch](http://www.ahv-iv-ar.ch)

in Anlehnung an [www.bkz.ch](http://www.bkz.ch), Bildungsdirektion Kanton Zürich, Amt für Jugend und Berufsberatung

<sup>1</sup> Gesetz über Schule und Bildung (Schulgesetz) vom 24.09.2000, Aktuelle Version in Kraft seit: 01.08.2009 Art. 19 Schulaustritt

<sup>1</sup> Die obligatorische Volksschulzeit dauert nach dem Kindergarten acht Jahre.

<sup>2</sup> Jedes Kind hat das Recht, die Volksschule nach dem Kindergarten während neun Jahren zu besuchen.



**Auszug: Kreisschreiben über die Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art (KSBE), BSV, gültig ab 1.1.2014**

## **2. Teil: Berufsberatung (Art. 15 IVG)**

### **1. Begriff**

2001

Die Berufsberatung, die auch die Laufbahnberatung einschliesst, dient der Erfassung der Persönlichkeit und der Feststellung der Fähigkeiten und Neigungen der vP, welche als Grundlage für die Wahl einer geeigneten Berufstätigkeit bzw. einer Tätigkeit in einem andern Aufgabenbereich oder für die Stellenvermittlung dienen.

### **2. Anspruch**

2002

**Anspruch auf Berufsberatung haben vP, die wegen einer Behinderung in ihrer Berufswahl oder in der Ausübung ihrer bisherigen Tätigkeit beeinträchtigt und daher auf spezialisierte Berufsberatung angewiesen sind.**

### **3. Durchführung**

2003

Die Berufsberatung erfolgt durch die IV-Stelle. Nebst den üblichen Methoden und Vorkehren der Berufsberatung, zu letzteren gehören auch Schnupperlehren, kann sie umfassendere Abklärungen in spezialisierten Ausbildungs- und Eingliederungsstätten, im ersten Arbeitsmarkt oder in einer BEFAS anordnen. Diese sind nach einem im Einzelfall festgelegten oder standardisierten Abklärungsprogramm mit klarer Zielsetzung durchzuführen.

2004

Abklärungen in Eingliederungsstätten oder andern Institutionen sind in der Regel auf drei Monate zu befristen. Sie sind vorzeitig zu beenden, wenn die verlangten Resultate vorliegen oder von einer Weiterführung keine zusätzlichen Erkenntnisse mehr erwartet werden können.

2005

Schnupperlehren sind in der Regel auf drei Wochen zu befristen und während der Schulferien durchzuführen. Sie sind einzig im Hinblick auf die Abklärung der beruflichen Eignung anzurufen. Bei Abklärungen im Hinblick auf die Aufnahme in eine Wohngemeinschaft und dergleichen handelt es sich nicht um Schnupperlehren.

2006

Verlängerungen zur Überbrückung der Zeit zwischen dem Abschluss der Abklärung und dem Beginn der Ausbildung gelten nur dann als berufliche Massnahmen, wenn ausserordentliche Umstände dies rechtfertigen (z.B. wenn ein Unterbruch die Verwirklichung des Eingliederungsplanes verunmöglichen oder doch ernsthaft gefährden würde).

### **4. Kostenvergütung**

2007

Vergütet werden die Kosten der Abklärungsmassnahmen, des Transports, der Verpflegung und Unterkunft sowie der allfälligen zusätzlichen Betreuung.

2008

Bei Abklärungen im ersten Arbeitsmarkt ist grundsätzlich davon auszugehen, dass keine Kosten für die Abklärung entstehen. Eine allfällige Kostenvergütung für Transport, Verpflegung und Unterkunft erfolgt nach Art. 5 oder 6 IVV.

2009

Bei Schnupperlehren werden nur invaliditätsbedingt zusätzlich anfallende Transportkosten vergütet.

## **3. Teil: Erstmalige berufliche Ausbildung (Art. 16 IVG)**

### **1. Begriff**

3001

Unter erstmaliger beruflicher Ausbildung ist eine nach abgeschlossener schulischer Ausbildung und getroffener Berufswahl durchgeführte, gezielte und planmässige Förderung in beruflicher Hinsicht zu verstehen, mit Aussicht auf ausreichende wirtschaftliche Verwertbarkeit (ZAK 1982 S. 493). Als abgeschlossen gilt die schulische Ausbildung, wenn die schulischen und persönlichen Grundvoraussetzungen für die Durchführung einer erstmaligen beruflichen Ausbildung eindeutig erfüllt sind.

3002

Die Tätigkeit im eigenen Haushalt sowie die Tätigkeit in einem andern Aufgabenbereich bilden gleich wie die Ausübung einer Erwerbstätigkeit ein berufliches Ausbildungsziel.



## 1.1 Abgrenzungen

### 1.1.1 zur Schule

3003

Die schulischen Vorkehrungen müssen abgeschlossen sein. Die Berufswahl muss getroffen sein und die vorgesehenen Massnahmen als integrierende Bestandteile des Berufszieles formuliert sein (ZAK 1981 S. 488). Vorbereitende Massnahmen fallen dann unter Art. 16 IVG, wenn sie nach getroffener Berufswahl als gezielte Vorbereitung auf die eigentliche Berufsausbildung notwendig werden. Nicht zur erstmaligen beruflichen Ausbildung gehören Zwischenjahre, die der Förderung der Berufswahlreife, der Berufsfindung, dem Ausfüllen von schulischen Lücken, der persönlichen Reifung und der Förderung des Arbeitsverhaltens dienen (AHI 2002 S. 174).

### 1.1.2 zur Berufsberatung

3004

Massnahmen von vP, die der Abklärung der Berufseignung dienen wie Schnupperlehren, fallen unter Art. 15 IVG.

### 1.1.3 zur Umschulung

3005

Massnahmen von vP, die ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und bereits im Erwerbsleben stehen oder die ohne Ausbildung eine Hilfstätigkeit seit mindestens 6 Monaten ausüben, fallen unter die Umschulung nach Art. 17 IVG (AHI 2000 S. 189).

3006

Musste eine erstmalige berufliche Ausbildung infolge eines Gesundheitsschadens abgebrochen werden, so ist eine neue berufliche Ausbildung der Umschulung gleichgestellt, wenn das während der abgebrochenen Ausbildung zuletzt erzielte Erwerbseinkommen höher war als 30% des Höchstbetrages des Taggeldes (Art. 6 Abs. 2 IVV). Massgebend für die Abgrenzung ist hier das Erwerbseinkommen unmittelbar vor Eintritt des Versicherungsfalles; dies gilt selbst dann, wenn die vP trotz der gesundheitlichen Beeinträchtigung die Ausbildung noch einige Zeit weitergeführt oder beendet hat oder nach erfolgreichem Abschluss noch auf dem erlernten Beruf tätig war (AHI 1997 S. 159 und AHI 2002 S. 99). Daran ändert auch nichts, wenn die vP nach dem Ausbildungsabbruch eine ungeeignete und auf die Dauer unzumutbare Erwerbstätigkeit aufnimmt, die sie zwar mehrere Jahre ausüben kann, dann aber invaliditätsbedingt aufgeben muss; es tritt damit kein neuer, zweiter Versicherungsfall ein (AHI 2002 S. 96).

3007

VP, die aus invaliditätsbedingten Gründen nie eine Ausbildung abschliessen konnten und später verschiedene Tätigkeiten ausübten, die nicht auf Dauer angelegt waren (z.B. „jobben“), fallen unter die erstmalige berufliche Ausbildung nach Art. 16 IVG.

### 1.1.4 zur Angewöhnungs- und Einführungszeit in Beschäftigungsstätten

3008

Die Angewöhnungs- und Einführungszeit in Beschäftigungsstätten, die voraussichtlich zu keiner wirtschaftlich ausreichend verwertbaren Arbeitsleistung der vP führen wird (Leistungslohn mindestens Fr. 2.55 pro Stunde), fallen nicht unter Art. 16 IVG (AHI 2002 S. 177).

### 1.1.5 zu Massnahmen der sozialberuflichen Rehabilitation

3009

Massnahmen der sozialberuflichen Rehabilitation wie Gewöhnung an den Arbeitsprozess, Aufbau der Arbeitsmotivation, Stabilisierung der Persönlichkeit, Einüben der sozialen Grundelemente mit dem primären Ziel, die Eingliederungsfähigkeit der vP herzustellen (ZAK 1992 S. 364), fallen nicht unter Art. 16 IVG. Analog zu den Beschäftigungsmassnahmen können sie hingegen Bestandteil der Integrationsmassnahmen nach Art. 14a IVG bilden.

## 2. Voraussetzungen

3010

**Folgende Bedingungen müssen kumulativ erfüllt sein: Es**

**– muss eine Invalidität vorliegen, welche die vP in der beruflichen Ausbildung wesentlich einschränkt und erhebliche invaliditätsbedingte Mehrkosten verursacht.**

**– Die vP muss eingliederungsfähig sein, d.h. sie muss objektiv und subjektiv in der Lage sein, berufsbildende Massnahmen zu bestehen.**

**– Die Ausbildung muss der Behinderung angepasst sein und den Fähigkeiten der vP entsprechen. Sie muss zudem einfach und zweckmässig und auf die Eingliederung in das Erwerbsleben oder in den Aufgabenbereich ausgerichtet sein. Nicht übernommen werden Kosten für eine Ausbildung, die voraussichtlich zu keiner wirtschaftlich ausreichend verwertbaren Arbeitsleistung führen wird. Wirtschaftlich ausreichend verwertbar ist eine Arbeitsleistung dann, wenn sie zu einem Leistungslohn von mindestens Fr. 2.55 pro Stunde führt (vgl. AHI 2000 S. 187).**



### 3. Anspruch und Arten

#### 3.1 Erstmalige berufliche Ausbildung (Art. 16 Abs. 1 IVG)

##### 3.1.1 Anspruch

3011

Anspruch auf erstmalige berufliche Ausbildung haben vP, die

- vor Eintritt des Gesundheitsschadens noch nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügt haben;
- infolge eines Gesundheitsschadens eine berufliche Erstausbildung abbrechen mussten und während dieser zuletzt noch nicht ein Erwerbseinkommen erzielten, das höher war als 30% des Höchstbetrages des Taggeldes (Art. 6 Abs. 2 IVV e contrario);
- aus invaliditätsbedingten Gründen nie eine Ausbildung abschliessen konnten und später verschiedene Tätigkeiten ausübten, die nicht auf Dauer angelegt waren.

##### 3.1.2 Arten

3012

Zur erstmaligen beruflichen Ausbildung gehören:

- die Absolvierung einer beruflichen Grundbildung nach Art. 17 BBG (berufliche Bildung mit EFZ, eidgenössisches Berufsattest, Anlehre nach kantonalem Recht);
- der Besuch einer Maturitäts-, Fach- oder Hochschule;
- zum ordentlichen Ausbildungsprogramm gehörende Vorbereitungen (ZAK 1981 S. 487).

#### 3.2 Der erstmaligen beruflichen Ausbildung gleichgestellte Ausbildungen (Art. 16 Abs. 2 IVG)

##### 3.2.1 Vorbereitung auf eine Hilfsarbeit oder auf eine Tätigkeit in einer geschützten Werkstätte (Art. 16 Abs. 2 Bst. a IVG)

3013

VP, welche die Voraussetzungen der erstmaligen beruflichen Ausbildung erfüllen, können auf eine Hilfstätigkeit im ersten Arbeitsmarkt oder auf eine Tätigkeit in einer geschützten Werkstätte vorbereitet werden, sofern Aussicht auf wirtschaftlich ausreichende Verwertbarkeit der Ausbildung besteht (s. Rz 3010) und ohne diese Massnahme eine Arbeitsvermittlung im ersten Arbeitsmarkt oder die Aufnahme einer Tätigkeit in einer geschützten Werkstätte nicht möglich ist.

3014

VP, die bereits umfangreich in einer bestimmten Richtung ausgebildet wurden, können bei einem Wechsel der geschützten Werkstätte nicht nochmals ausgebildet werden, wenn die Berufsrichtung dieselbe oder eine ähnliche ist. Eine Ausbildung auf eine neue Berufsrichtung ist nur möglich, wenn eine solche invaliditätsbedingt notwendig ist.

##### 3.2.2 Neuausbildung (Art. 16 Abs. 2 Bst. b IVG)

3015

Anspruch auf eine berufliche Neuausbildung haben vP, die nach Eintritt der Behinderung eine ungeeignete Ausbildung absolviert haben oder eine auf die Dauer unzumutbare Erwerbstätigkeit aufgenommen haben.

Bei der Beurteilung, ob vP die Fortsetzung der begonnenen Erwerbstätigkeit zugemutet werden können, sind neben den Erwerbsaussichten auch die persönlichen Berufseignungen zu berücksichtigen.

3016

Ebenfalls können vP eine berufliche Neuausbildung erhalten, die von der IV eine Erstausbildung erhalten haben, mit der sie wegen der Invalidität und der wirtschaftlichen Lage nicht vermittelbar sind, sofern hierauf reale Aussichten auf einen Arbeitsplatz bestehen (ZAK 1969 S. 683).

##### 3.2.3 Weiterausbildung (Art. 16 Abs. 2 Bst. c IVG)

3017

Unter Weiterausbildung ist die berufliche Weiterentwicklung sowohl im bisherigen als auch in einem neuen Berufsfeld zu verstehen. In Betracht fallen Massnahmen, die der Aufrechterhaltung, der Erweiterung oder dem Neuerwerb von fachlichen Kenntnissen innerhalb oder ausserhalb des angestammten Berufsfeldes dienen. Als berufliche Weiterausbildung gelten z.B.:

- die Weiterbildung vom Automobilmechatroniker EFZ zum diplomierten Automobiliagnostiker;
- die Ausbildung einer Kauffrau zur Sozialarbeiterin.

3018

Ein Anspruch besteht, wenn durch die berufliche Weiterausbildung die Erwerbsfähigkeit voraussichtlich erhalten oder verbessert werden kann. Die berufliche Weiterausbildung soll zur Erhaltung oder Verbesserung der Erwerbsfähigkeit beitragen, muss aber nicht invaliditätsbedingt notwendig sein (vgl. Rz 3019).

Beispiel: Ein gehörloser Handwerker möchte sich beruflich verändern und vermehrt in der Administration, Planung



und Arbeitsvorbereitung tätig sein. Er möchte aus diesem Grund eine Ausbildung zum Arbeitsvorbereiter absolvieren. Wegen seiner Behinderung benötigt er den Einsatz von Gebärdendolmetschern. Da die Weiterbildung zu einer Verbesserung der Erwerbsfähigkeit führt (höherer Lohn, vielfältigere Einsatzmöglichkeiten), kann sie als berufliche Weiterausbildung nach Art. 16 Abs. 2 Bst. c IVG qualifiziert werden.

3019

Ein Anspruch auf berufliche Weiterausbildung ist – im Unterschied zu den übrigen beruflichen Massnahmen der IV – auch dann gegeben, wenn keine invaliditätsbedingte Notwendigkeit für die Durchführung der Massnahme besteht. Danach können auch vP, die ohne diese Weiterbildung bereits über qualifizierte Fachkenntnisse im Berufsleben (wie An-/Ungelernte) oder einen Ausbildungsabschluss verfügen und eingegliedert sind, sich aber beruflich weiter entwickeln möchten, einen Anspruch geltend machen. Die Gründe hierfür können vielfältig sein, wie z.B. das Auffrischen von Fachkenntnissen, das Erlernen neuer Technologien, bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, interessantere Tätigkeit oder grössere Verdienstmöglichkeiten.

Ist hingegen eine Weiterausbildung invaliditätsbedingt notwendig, um die Erwerbsfähigkeit zu erhalten oder zu verbessern, so handelt es sich um eine Umschulung im Sinne von Artikel 17 IVG.

Beispiel: Eine gehörlose Hochbauzeichnerin möchte sich, um mit den neuen Technologien Schritt halten zu können, im CAD-Zeichnen ausbilden und entsprechende Kurse besuchen. Wegen ihrer Behinderung benötigt sie dabei Dolmetscherdienste. Die Versicherte muss diese Weiterbildung nicht wegen ihrer Invalidität absolvieren, sondern um sich fachlich weiterzuentwickeln und damit auf dem Arbeitsmarkt vermittlungsfähig zu bleiben.

#### 4. Ausbildungsdauer

##### 4.1 Im Allgemeinen

3020

Grundsätzlich ist zu beachten, dass zwischen Ausbildungsdauer und wirtschaftlichem Erfolg der Massnahme ein vernünftiges Verhältnis bestehen muss (ZAK 1972 S. 56). Ausbildungen mit vollzeitlichem Schulbesuch dürfen im Allgemeinen die ordentliche Ausbildungszeit nicht überschreiten.

Die Dauer einer Ausbildung wird nach dem Berufsbildungsgesetz geregelt und der Ausbildungsvertrag muss von der zuständigen kantonalen Behörde genehmigt werden. Eine Ausbildung, die nicht dem Berufsbildungsgesetz unterstellt ist, muss im Allgemeinen der für Nichtbehinderte üblicherweise geltenden Ausbildungsdauer entsprechen.

**IV-Anlehren sowie praktische Ausbildungen nach INSOS sind für ein Jahr zu verfügen. Sie können um ein zweites Jahr verlängert werden, sofern die gemeinsam mit der versicherten Person und dem Ausbildungsbetrieb durchgeführte Evaluation ergibt, dass gute Aussichten auf eine künftige Erwerbstätigkeit in rentenbeeinflussendem Ausmass bestehen. Ebenso kann das zweite Ausbildungsjahr zugesprochen werden, wenn eine Eingliederung im ersten Arbeitsmarkt erwartet werden kann, selbst wenn diese zunächst noch nicht rentenbeeinflussend ist.**

##### 4.2 Sonderfälle

3021

**Sonderfälle, in denen eine längere Ausbildungsdauer beantragt wird, sind ausreichend und stichhaltig zu begründen. Zu ihnen können gehören:**

- Fälle, in denen vP invaliditätsbedingt für die Erfassung und Verarbeitung des Ausbildungsstoffes mehr Zeit benötigen als nichtbehinderte Personen;
- Fälle, in denen dank der positiven Entwicklung der vP ein Wechsel im Ausbildungsniveau möglich wird (z.B. Wechsel von einer 2-jährigen Attestausbildung zur beruflichen Bildung EFZ).

#### 5. Umfang der Leistungen

##### 5.1 Im Allgemeinen

3022

Die invaliditätsbedingten Mehrkosten sind in der Weise zu ermitteln, dass die anrechenbaren Kosten der Ausbildung Behinderter zur Erreichung eines bestimmten beruflichen Ausbildungsziels den mutmasslichen anrechenbaren Kosten gegenübergestellt werden, die bei der gleichen Ausbildung auch Nichtbehinderten notwendigerweise entstehen (Ausbildungs-, Transportkosten, Arbeitsgeräte, Berufskleider). Ist für das Erreichen des Ausbildungszieles im ersten Arbeitsmarkt der Einsatz eines Jobcoaches erforderlich, werden die Kosten nach dem von der IV-Stelle festgelegten Ansatz vergütet.

3023

Leistungen der IV setzen voraus, dass den vP wegen des Gesundheitsschadens in wesentlichem Umfang zusätzliche Kosten entstehen. Wesentlich sind invaliditätsbedingte Mehrkosten von mindestens 400 Franken pro Jahr (Art. 5 Abs. 2 IVV). Bei mehrjährigen Ausbildungen ist das Total der ermittelten Mehrkosten auf einen Jahresdurchschnitt umzurechnen.



3024

Zusätzlich vergütet werden die nicht in die Vergleichsrechnung einzubeziehenden Kosten für auswärtige Unterkunft und Verpflegung, wenn sie invaliditätsbedingt sind. Nicht invaliditätsbedingt ist eine auswärtige Unterkunft und Verpflegung, wenn die Ausbildung im betreffenden Beruf auch bei einer gesunden Person auswärts stattfinden muss (z.B. bei einem Hochschulstudium) oder wenn es der vP auch möglich oder zumutbar wäre, einen Ausbildungsplatz zu wählen, der keine auswärtige Unterkunft und Verpflegung erfordern würde.

3025

Der Grundsatz, dass eine Eingliederungsmassnahme den Erfordernissen der Einfachheit und Zweckmässigkeit zu entsprechen hat, gilt bei der erstmaligen beruflichen Ausbildung für den Ausbildungsweg und nicht für das Ausbildungsziel (ZAK 1981 S. 482).

### 5.2 Sonderfälle

#### 5.2.1 Invaliditätsbedingter Abbruch der Ausbildung (Art. 5 Abs. 3 IVV)

3026

Die Kostengegenüberstellung nach Rz 3022 kommt nicht zur Anwendung, wenn eine bereits begonnene Ausbildung invaliditätsbedingt abgebrochen werden muss. In diesem Falle werden die Kosten der neuen Ausbildung mit derjenigen der alten verglichen. Die neue Ausbildung hat den Grundsätzen der Einfachheit und Zweckmässigkeit zu entsprechen und sollte im Verhältnis zur abgebrochenen Ausbildung gleichwertig sein.

#### 5.2.2 Berufliche Weiterausbildung (Art. 5bis Abs. 1, 2 und 4 IVV)

3027

Bei der beruflichen Weiterausbildung werden die zusätzlichen Kosten ermittelt, indem die Kosten der behinderten Person den mutmasslichen Aufwendungen gegenübergestellt werden, die einer nichtbehinderten Person bei der identischen Ausbildung notwendigerweise entstehen. Im Gegensatz zu einer erstmaligen beruflichen Ausbildung handelt es sich aber bei der Weiterausbildung nicht um eine eigentliche Eingliederungsmassnahme, sondern es werden bereits ausgebildete und eingegliederte behinderte Personen den Nichtbehinderten bezüglich der Weiterausbildung gleichgestellt. Es kann deshalb nicht genau die gleiche Regelung gelten, wie bei einer erstmaligen beruflichen Ausbildung.

3028

Wie bei der erstmaligen beruflichen Ausbildung müssen invaliditätsbedingte Mehrkosten von mindestens 400 Franken pro Jahr ausgewiesen sein.

3029

Findet die Weiterausbildung invaliditätsbedingt ausserhalb der Wohnregion statt, sind die zusätzlichen Mehrkosten in der Weise zu ermitteln, dass die Kosten der behinderten Person den mutmasslichen Aufwendungen gegenübergestellt werden, die einer nichtbehinderten Person mit gleichem Wohnsitz bei Absolvierung der identischen Ausbildung notwendigerweise entstehen.

Beispiel: Eine Hochbauzeichnerin mit Körperbehinderung möchte sich, um mit den neuen Technologien Schritt halten zu können, im CAD-Zeichnen ausbilden und entsprechende Kurse besuchen. Da die hierfür in Frage kommende Schule in ihrer Wohnsitzregion Bern nicht rollstuhlgängig ist, muss sie invaliditätsbedingt die Kurse ausserhalb der Wohnregion, namentlich in einer Schule in Freiburg, absolvieren. Der Kostenvergleich wird in diesem Fall mit der identischen Ausbildung einer nichtbehinderten Person aus Bern an der Schule Bern vorgenommen.

3030

Ist infolge der Invalidität der vP nur eine Weiterausbildung ausserhalb der Wohnregion möglich, werden zusätzlich die Kosten für die auswärtige Verpflegung und Unterkunft nach den Rz 3047 ff. vergütet.

### 5.3 Die Vergleichsbasis zur Ermittlung der invaliditätsbedingten Mehrkosten (Art. 5 Abs. 3 IVV)

#### 5.3.1 Im Allgemeinen

3032

Zur Ermittlung der invaliditätsbedingten Mehrkosten sind auf beiden Seiten der Vergleichsrechnung die anrechenbaren Kosten für die gesamte Ausbildungszeit einzusetzen. Es dürfen nicht nur einzelne Zeitabschnitte verglichen werden. Dauert beispielsweise eine berufliche Grundbildung mit EFZ ohne Invalidität drei Jahre und wird infolge Invalidität ein zusätzliches Lehrjahr notwendig, so sind auf der einen Seite der Vergleichsrechnung die Kosten der dreijährigen und auf der andern Seite diejenigen der vierjährigen Ausbildung einzusetzen.

3033

Wählt eine vP für das angestrebte Berufsziel einen zwar geeigneten, aber kostspieligeren Ausbildungsweg als notwendig ist, hat sie für die dadurch entstehenden Mehrkosten selber aufzukommen (z.B. bei einer Ausbildung im kaufmännischen Bereich: der Besuch einer Handelsschule anstatt einer beruflichen Grundbildung mit EFZ im ersten



Arbeitsmarkt, oder bei einer Ausbildung zur Bekleidungsgestalterin: Besuch einer privaten Textilfachschule anstatt einer beruflichen Grundbildung mit EFZ im ersten Arbeitsmarkt).

3034

Können die Ausbildungskosten bei Beginn noch nicht zuverlässig geschätzt werden, weil der Umfang der Massnahmen noch nicht feststeht, sind die Kosten schrittweise für überblickbare Perioden zu berechnen, wobei jeweils auch die vorangegangenen Ausbildungsabschnitte in die Vergleichsrechnung einzubeziehen sind.

3035 Bei Ausbildungen im ersten Arbeitsmarkt ist grundsätzlich davon auszugehen, dass keine invaliditätsbedingten Mehrkosten entstehen. Einem allfälligen ausgewiesenen invaliditätsbedingten Mehraufwand des Unternehmens hat dieses bei der Festsetzung des Lohnes Rechnung zu tragen, was sich dann auf den Taggeldanspruch der vP auswirkt. Verbleiben dem Betrieb danach ausgewiesenermassen ungedeckte Mehrkosten, resp. besteht noch kein Anspruch auf ein kleines Taggeld, ist eine Entschädigung durch die IV zu prüfen.

### 5.3.2 Sonderfälle

3036

Hatte die vP vor Eintritt der Invalidität schon eine Ausbildung begonnen, die wegen Invalidität abgebrochen werden musste, und fällt die neue Ausbildung unter Artikel 16 IVG, sind die anrechenbaren Kosten, die bis zur Beendigung der bisherigen Ausbildung noch entstanden wären, mit den anrechenbaren Kosten zu vergleichen, die für die neue von der IV als geeignet betrachtete Ausbildung notwendigerweise entstehen.

3037

Wählt die vP ein gegenüber der zunächst begonnenen Ausbildung höheres Berufsziel, so sind nur die Kosten für eine gleichwertige Ausbildung für diesen Kostenvergleich zu berücksichtigen.

3038

Sind hingegen Art und Schwere der Behinderung derart gravierend, dass verglichen mit der vor Eintritt der Invalidität begonnenen Ausbildung nur eine anspruchsvollere zu einer adäquaten Erwerbsfähigkeit führen wird, so sind die Kosten dieser Ausbildung in die Vergleichsrechnung aufzunehmen.

3039

Bei der beruflichen Weiterbildung sind die Kosten nach den Rz 3027 ff. zu ermitteln.

## 6. Anrechenbare Kosten (Art. 5 Abs. 4 und 5 sowie Art. 5bis Abs. 3 IVV)

### 6.1 Im Allgemeinen

3040

Als anrechenbare Kosten der Ausbildung gelten Aufwendungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Erreichung des geeigneten beruflichen Zieles stehen und bei einer einfachen und zweckmässigen Durchführung der Ausbildung notwendigerweise entstehen.

### 6.2 Ausbildungskosten

3041

Dazu gehören:

- Aufwendungen für den Erwerb der erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten wie Schul-, Lehr- und andere Ausbildungsgelder, Seminar-, Praktikums- und andere unerlässliche Ausbildungs- und Prüfungsgebühren sowie Kosten für obligatorische Exkursionen sowie nicht anderweitig gedeckte überbetriebliche Kurse. Angerechnet werden nur Sprachkurse, die einen integrierenden Bestandteil der Ausbildung bilden. Fakultative Fremdsprachen können nur bei einer stichhaltigen Begründung für eine verbesserte Erwerbsaussicht angerechnet werden. Sprachkurse für fremdsprachige vP bilden nur dann einen integrierenden Bestandteil der Ausbildung, wenn die vP eine bereits begonnene Ausbildung invaliditätsbedingt abbrechen muss und keine andere geeignete, einfache und zweckmässige und der abgebrochenen Ausbildung gleichwertige Massnahme in Betracht fällt, als eine Ausbildung auf einen Beruf, für dessen Ausübung Kenntnisse in der schweizerischen Landessprache erforderlich sind (AHI 1997 S. 79).
- Kosten für notwendige Lehrmittel.
- Aufwendungen für sonstige invaliditätsbedingte, für das Erreichen des Ausbildungszieles notwendige Vorkehren (s. BGE 9C\_252/2007 vom 8. Oktober 2008, E 5.2ff).

### 6.3 Transportkosten

3042

Transportkosten gelten im Rahmen der erstmaligen beruflichen Ausbildung als Bestandteil der Ausbildungskosten und sind in die Vergleichsrechnung aufzunehmen.

Bezüglich der zu berücksichtigenden Transportmittel sind die Weisungen im KSVR sinngemäss anwendbar. Grundsätzlich werden nur die Kosten der öffentlichen Verkehrsmittel berücksichtigt. Ist deren Benützung für die Zurückle-





gung des Weges zwischen Wohnung und Ausbildungsstätte nicht möglich oder nicht zumutbar, bzw. unwirtschaftlicher, können auch die Kosten für private Fahrzeuge oder Taxis übernommen werden.

3043

Eine Motorisierung über die IV ist angezeigt, wenn die Voraussetzungen nach den Weisungen des KHMI erfüllt sind. Erzielt die vP einen existenzsichernden Ausbildungslohn, werden die Leistungen nach KHMI gestützt auf Art. 21 IVG als Hilfsmittel übernommen. Wird kein existenzsichernder Ausbildungslohn ausgerichtet, sind die Leistungen im Umfang des KHMI in die Vergleichsrechnung zur Ermittlung der invaliditätsbedingten Mehrkosten nach Art. 16 IVG aufzunehmen. In jedem Fall ist die Kilometerentschädigung gemäss Anhang zum KSVR in die Vergleichsrechnung aufzunehmen.

## **7. Nicht anrechenbare Kosten**

### **7.1 Versicherungsschutz**

3044

Beiträge bzw. Prämien für den Versicherungsschutz bei Krankheit, Unfall und Lohnausfall sowie Beiträge an die AHV/IV/EO und an Pensionskassen (zweite Säule) und dergleichen stellen im Rahmen beruflicher Massnahmen, vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen im 7. Teil des vorliegenden Kreisschreibens, keine anrechenbaren Ausbildungskosten dar und können daher von der IV weder ganz noch teilweise übernommen werden.

### **7.2 Gesundheits- und Körperpflege**

3045

Kosten für Gesundheitspflege (wie medizinische Behandlung, Medikamente) und Körperpflege gehören nicht zu den anrechenbaren Kosten.

### **7.3 Lehrlingslöhne, Trinkgelder usw.**

3046

Effektive und entgangene Einkünfte wie Lehrlingslöhne, Trinkgelder und dergleichen gehören nicht zu den anrechenbaren Kosten.

## **8. Zusätzlich zu vergütende Kosten für auswärtige Unterkunft und Verpflegung (Art. 5 Abs. 5 und 6 IVV)**

### **8.1 Ausbildung mit auswärtiger Verpflegung**

#### **8.1.1 In einer Institution mit Tarifvereinbarung oder im Einzelfall festgelegtem Tarifansatz**

3047

Die Kosten werden nach dem von der IV-Stelle festgelegten Ansatz vergütet.

#### **8.1.2 In den übrigen Fällen**

3048

Vergütet werden die Verpflegungskosten nur dann, wenn die Ausbildung ausserhalb des Wohnortes der vP stattfindet und daher eine Verpflegung zu Hause aus zeitlichen Gründen nicht möglich oder nicht zumutbar ist. der Vergütungsansatz beträgt:

- bei einer Abwesenheit vom Wohnort von 5 bis 8 Stunden Fr. 11.50 pro Tag
- bei einer Abwesenheit vom Wohnort von mehr als 8 Stunden Fr. 19.– pro Tag

#### **8.2 Ausbildung mit auswärtiger Unterkunft und Verpflegung**

3049

Grundsätzlich können die Kosten für auswärtige Unterkunft nur übernommen werden:

- wenn die auswärtige Unterbringung aus invaliditätsbedingten Gründen erfolgt oder eine unerlässliche Bedingung für eine erfolgreiche Ausbildung darstellt. Hingegen können Wohnkosten nicht übernommen werden, wenn die Unterbringung einzig aus invaliditätsfremden Gründen erfolgt (z.B. aus milieubedingten Gründen)
- oder wenn die Rückkehr zum Wohnort nicht möglich oder nicht zumutbar ist.

#### **8.2.1 In einer Institution mit Tarifvereinbarung oder im Einzelfall festgelegtem Tarifansatz**

3050

Die Kosten werden nach dem von der IV-Stelle festgelegten Ansatz vergütet.

#### **8.2.2 In den übrigen Fällen**

3051

Nach Art. 90 Abs. 4 IVV werden die Kosten für Mahlzeiten höchstens im Betrage von Fr. 19.– pro Tag sowie die ausgewiesenen Kosten für Unterkunft bis maximal Fr. 37.50 pro Übernachtung vergütet.